

(Zusammenfassung - 15.15 Uhr)

Ministerin Schüle offen für Antisemitismus-Klausel in Verfassung

Potsdam (KNA) Brandenburgs Kulturministerin Manja Schüle (SPD) kann sich eine Verankerung des Kampfs gegen Antisemitismus als Staatsziel in der Landesverfassung vorstellen. Sie habe "hohe Sympathien" dafür, sagte die Ministerin am Dienstag in Potsdam bei einem Symposium zum Thema "Mit der Verfassung gegen Antisemitismus".

Judenhass sei in der Gesellschaft "viel tiefer verwurzelt, als wir es uns eingestehen wollen", so Schüle. "Wenn wir den Antisemitismus historisieren oder als etwas uns Fremdes missverstehen, werden wir ihn nicht bekämpfen können." Der Antisemitismus sei "die Mutter aller Verschwörungstheorien", wenn man ihn bekämpfe, fördere man die Aufklärung, sagte die Ministerin.

Nachdrücklich plädierte der Potsdamer Rabbiner Walter Homolka für eine Verankerung von Antisemitismusbekämpfung als eigenständiges Staatsziel. Der Rektor des Abraham Geiger Kollegs für Rabbinerausbildung erläuterte, dass Antisemitismus nicht das Gleiche wie Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sei, sondern ein "besonderes Phänomen". Deshalb müsse Artikel 7a der Landesverfassung entsprechend ergänzt werden. Dort heißt es bislang: "Das Land schützt das friedliche Zusammenleben der Menschen und tritt der Verbreitung rassistischen und fremdenfeindlichen Gedankenguts entgegen."

Homolka erklärte, in Brandenburg sei der Erfolg rechtspopulistischer Gedanken "als Flucht vor den Herausforderungen der Moderne" besonders groß: "Wir können selbst in unserem Parlament den braunen Ausfluss davon sehen." Bisher sei es der Gesellschaft gelungen, dieses Gedankengut einzugrenzen, bis es ganz ins Zentrum vordringen könne. "Aber wir müssen uns mehr anstrengen, damit wir aus dem Geist unserer Verfassung wirksame Leitlinien für unser Zusammenleben hier in Brandenburg gewinnen."

Der Leiter der Fachstelle Antisemitismus am Potsdamer Moses-Mendelssohn-Zentrum, Peter Schüler, wies darauf hin, dass die meisten antisemitischen Vorfälle in Brandenburg dem rechten Spektrum zuzuordnen seien, "weniger dem linken und noch viel weniger dem von der AfD behaupteten islamischen Antisemitismus, für den wir in Brandenburg so gut wie keine Belege haben". Signifikant habe sich die Häufigkeit von antisemitischen Vorfällen an Schulen erhöht. In diesem Zusammenhang sei es "bedauerlich", dass es bisher kein Weg für das Moses-Mendelssohn-Zentrum gebe, die im Potsdamer Bildungsministerium gesammelten Daten zu entsprechenden Vorfällen zu nutzen.

Der Potsdamer Politikwissenschaftler Gideon Botsch bedauerte die späte Beobachtung der Brandenburger AfD durch den Verfassungsschutz. "Wie die AfD zu bewerten ist, war einem Großteil der Bevölkerung klar, bevor der Verfassungsschutz eingegriffen hat." In Brandenburg sei die Partei schon lange mit rechtsextremen Strukturen durchdrungen gewesen. "Bei Rechtslage und Praxis ist es nahezu zwingend, die AfD als Ganzes zu beobachten."